

Die Zerstörung dieser palästinensischen Gemeinde wurde vom Obersten Gerichtshof Israels genehmigt

HINWEIS DER REDAKTION: Dieser Artikel ist eine Zusammenarbeit zwischen The Nation, +972 Magazine und Local Call.

So'ed Od, ein 13-jähriges Mädchen, ist eine von rund 1.000 palästinensischen Bewohnern der acht Dörfer in Masafer Yatta - einer kleinen Region mit zerklüfteten Hügeln am südlichen Rand des besetzten Westjordanlandes. So'ed verbringt ihre Tage damit, ihrer Mutter bei der Pflege der Schafherde und der Käseherstellung in dem kleinen Dorf Sfay zu helfen, dessen Name sich vom arabischen Wort für "rein" ableitet.

So'ed hörte auf, den Unterricht zu besuchen, nachdem israelische Bulldozer die Dorfschule zerstörten. An diesem Tag, so erzählte So'ed, half sie kleinen Kindern, den Schülern der unteren Klassen, durch die Fenster zu entkommen. "Wir waren im Englischunterricht", sagte sie. "Ich sah durch das Fenster einen Jeep auf uns zukommen. Die Lehrerin unterbrach die Klasse. Die Soldaten kamen mit zwei Bulldozern. Sie schlossen die Türen vor uns. Wir saßen in den Klassenzimmern fest. Dann flüchteten wir durch die Fenster. Und sie haben die Schule zerstört."

Die Zerstörung der Grundschule fand im November 2022 statt und wurde auf Video dokumentiert. Kinder der ersten, zweiten und dritten Klasse sind in einem der Klassenzimmer zu sehen, schreiend und schluchzend. Israelische Soldaten umstellten die Schule, in der 23 Schüler eingeschrieben waren, und warfen Blendgranaten auf Dorfbewohner, die versuchten, den Weg der Bulldozer zu versperren. Der Lärm der Explosionen versetzte die eingeschlossenen Schüler in noch größere Angst. Auf den Videos sind Mütter zu sehen, die ihre Kinder durch die Fenster des Klassenzimmers herausziehen. Vertreter der israelischen Zivilverwaltung, dem Arm des Militärs, der die besetzten Gebiete verwaltet, betraten die geräumte Schule, entfernten die Tische, Stühle und Tafeln aus den Klassenzimmern, luden sie auf einen Lastwagen und beschlagnahmten die Gegenstände. Die Zivilverwaltung reagierte nicht auf unsere Bitte um Stellungnahme.

Im Jahr 1980 hatte die Armee 30.000 Dunam (fast 7.500 Hektar) des Landes der Bewohner zur "Feuerzone" erklärt; der erklärte Zweck war, Palästinenser aus dem Gebiet zu vertreiben, das Israel wegen seiner strategischen Nähe zur Grünen Linie, die die Grenze markiert, für jüdische Siedlungen vorgesehen hatte. Im Mai letzten Jahres wies ein dreiköpfiges Gremium des Obersten Gerichtshofs den Einspruch der Bewohner gegen die Schießzone ab und erteilte der Armee damit die Erlaubnis, die Palästinenser weiterhin von ihrem Land zu vertreiben. Der Richter, der das umstrittene Urteil fällte, David Mintz, lebt in der Siedlung Dolev im Westjordanland, die etwa 20 Autominuten von Ramallah entfernt ist.

Die Massenvertreibung der Bewohner von Masafer Yatta ist noch nicht vollzogen, aber das Leben aller Menschen in diesen Dörfern hat sich in den Monaten seit dem Urteilsspruch bis zur Unkenntlichkeit verändert. Soldaten haben damit begonnen, Kinder an improvisierten Kontrollpunkten festzuhalten, die sie mitten in der Wüste im Schutze der Nacht errichtet haben; Familien sehen zu, wie Bulldozer ihre Häuser mit zunehmender Häufigkeit zerstören; und direkt neben den Dörfern gibt es eine große Anzahl von Häusern.

Und direkt neben den Dörfern, die für die Vertreibung und Zerstörung vorgesehen sind, trainieren die Soldaten bereits mit scharfen Waffen, rasenden Panzern und explodierenden Minen.

Offizielle der Armee haben erklärt, dass die Pläne zur Durchführung des Vertreibungsbefehls den Politikern bereits vorgelegt wurden. In diesem Jahr, in dem die am weitesten rechts stehende Regierung in der Geschichte Israels an der Macht ist - und in dem ihre Minister offen zu Massenumsiedlungen und zur Auslöschung palästinensischer Dörfer aufrufen - ist es sehr wahrscheinlich, dass die Massenvertreibung tatsächlich stattfinden wird. Wenn dies der Fall ist, wäre es der größte einzelne Bevölkerungstransfer im Westjordanland seit der Vertreibung tausender Palästinenser durch Israel im Jahr 1967, in den ersten Tagen der Besatzung.

Wir beide haben den Kampf in Masafer Yatta aus nächster Nähe miterlebt. Basel, ein Journalist und Aktivist, wurde in einem der dortigen Dörfer geboren. Als er 5 Jahre alt war, nahm ihn seine Mutter zu den Demonstrationen gegen die Vertreibung mit. Er wuchs ohne Strom in seinem Haus auf, weil das Militär ein generelles Verbot für den Bau von und den Zugang zu Infrastrukturen für Palästinenser in diesem Gebiet

erlassen hatte. In den letzten zehn Jahren hat er die Auslöschung seiner Gemeinde auf Video dokumentiert, und seine Beiträge haben Millionen von Menschen auf der ganzen Welt erreicht.

Yuval wurde in der Stadt Be'er Sheva geboren, eine 30-minütige Autofahrt von Basels Haus entfernt, auf der israelischen Seite der Grünen Linie. Seit fünf Jahren berichtet er auf Hebräisch und Englisch über die Vertreibung und die Apartheid. Wir beide arbeiten als Team, hauptsächlich für das Magazin +972 und die Nachrichtenseite Local Call, und dieser Artikel ist ein Produkt unserer Zusammenarbeit.

Seit dem Gerichtsurteil vom Mai letzten Jahres hat Israel das Leben der Familien in Masafer Yatta noch unerträglicher gemacht, so dass es unklar ist, ob sie dort überleben können. Dieser Prozess dauert jedoch schon seit mehr als vier Jahrzehnten an und lässt sich am besten als schleichende Vertreibung beschreiben. Das wichtigste Instrument, das Israel einsetzt, ist die systematische Verweigerung von Baugenehmigungen. Da die palästinensischen Bewohner unmöglich in einem Dorf ohne Häuser und andere grundlegende Infrastrukturen leben können - und weil alles, was sie bauen, als "illegal" eingestuft und kurzerhand abgerissen wird - hat diese Politik die Bewohner im Laufe der Zeit gezwungen, ihr Land zu verlassen.

Sieben Tage nach dem Urteil zerstörte das Militär die Häuser von neun Familien in Masafer Yatta; 45 Menschen wurden obdachlos. "Das war eine der schlimmsten Zerstörungen, die ich je gesehen habe", sagte Eid Hadlin, ein lokaler Aktivist, der in einem Haus ohne fließendes Wasser und Strom lebt und dem ein Abrissbefehl droht.

Die Bulldozer kamen in Al-Merkaz an, einem der Dörfer, die für die Vertreibung vorgesehen sind. Die Soldaten ließen die Bewohner ihre Häuser räumen. Die Frauen trugen ihre persönlichen Gegenstände nach draußen und sammelten sie auf einen Haufen: Matratzen, Rucksäcke, Unterwäsche und Hemden, Shampooflaschen. Ein Inspektor der Zivilverwaltung schaute zu, bis die Häuser leergeräumt waren. Dann gab er grünes Licht, und die Bulldozer machten alles kaputt.

Najati, ein junger Teenager, saß mit seiner Großmutter neben dem Trümmerhaufen, der einst ihr Zuhause war. Er war wütend. Der Offizier sagte zu mir, als er unser Haus abriß: "Wozu noch bauen? Das war's, fertig - dieses Gebiet gehört jetzt der Armee zur Ausbildung", sagte er.

Eines Morgens entdeckten die Bewohner seines Dorfes, dass die Soldaten über Nacht Warnschilder an ihren Häusern angebracht hatten. "Sie befinden sich in einer Feuerzone", stand auf den Schildern in einem Arabisch, das so viele Fehler enthielt, dass es schien, als sei es mit Hilfe von Google Translate geschrieben worden. "Der Zutritt ist untersagt. Wer dagegen verstößt, kann verhaftet werden, ein Bußgeld zahlen, sein Fahrzeug verlieren, das dann beschlagnahmt wird, oder jede andere Strafe erhalten, die ihm angemessen erscheint." In den folgenden Wochen errichteten Soldaten einen Kontrollpunkt zwischen den Dörfern und beschlagnahmten Fahrzeuge, die diesen passierten, unter dem Vorwand, dass das Durchfahren einer Feuerzone verboten sei. So wurden die meisten Bewohner nach und nach ihrer Bewegungsfreiheit beraubt.

Najati sagte, dass seine Familie in dieser Nacht unter freiem Himmel schlief. Am nächsten Tag räumten sie die Trümmer weg und nahmen einen Kredit auf, um ein neues Haus an derselben Stelle zu bauen. "Ich habe mein ganzes Leben in Masafer Yatta gelebt und Schafe gehütet", sagte Safa Al-Najar, Najatis Großmutter, mit leicht heiserer Stimme, aber dem Lächeln einer jungen Frau. Auch ihr Haus wurde am selben Tag zerstört. Sie sagte, dass sie nun in der Höhle der Familie schlafen wird.

"Zuerst haben mein Mann und ich in dieser Höhle gelebt", sagt sie. "Das war unser Schlafzimmer, unser Wohnzimmer, unsere Küche - alles zusammen. Die Schafe lebten neben uns in der zweiten Höhle. Aber vor 20 Jahren, als meine Kinder erwachsen waren, bauten wir ein Haus für sie. Alles, was wir gebaut haben, wurde zerstört."

Nach Angaben der israelischen Menschenrechtsgruppe B'Tselem haben Soldaten seit 2016 die Häuser von 121 Familien in Masafer Yatta abgerissen und rund 384 Menschen ohne Obdach gelassen, darunter viele Kinder. Und es sind nicht nur Häuser, die gefährdet sind, sondern alle Gebäude und Infrastrukturen. Auch die

Ställe für die Schafe wurden zerstört, Wasserleitungen gekappt, Bäume gefällt; sogar die Zufahrtsstraßen, die die Dörfer miteinander verbinden, wurden von einem riesigen Bulldozer zerstört.

Zu einer Zeit, in der zwei getrennte Gerichtsverfahren gegen Israel in Den Haag anhängig sind - vor dem Internationalen Strafgerichtshof und dem Internationalen Gerichtshof -, scheint Israel darauf bedacht zu sein, die scharfe internationale Verurteilung zu vermeiden, die eine dreiste Umsiedlung unweigerlich nach sich ziehen würde. Indem es die Bewohner von Masafer Yatta Haus für Haus vertreibt, kann Israel das gleiche Ziel mit einem viel geringeren Imageverlust erreichen.

Seit der Zerstörung ihrer Schule besuchen die Kinder in Sfay den Unterricht in einem auffälligen Wohnwagen, der am Rande des Dorfes abgestellt ist. Das Dach hat Löcher, durch die Regenwasser eindringt, und die Tür zur Toilette besteht aus einem Stück Vorhang. Die Armee hat jegliche Renovierung des Wohnwagens - oder den Bau einer neuen Schule - untersagt.

Das Dorf von So'ed ist ziemlich typisch für Masafer Yatta. Die meisten Bewohner sind Bauern und Hirten, die Weizen, Gerste und Olivenbäume anbauen, Ziegenkäse herstellen und frühmorgens aufstehen, um Brot zu backen. Die Gegend ist voller alter Höhlen, die von den Bewohnern vor vielen Generationen in die weichen weißen Felsen der hügeligen Wüste gehauen wurden. So'eds Eltern lebten in den Höhlen, bauten aber schließlich ein Haus für sie und ihre Geschwister.

Familien, deren Häuser von den Bulldozern des Militärs abgerissen werden, sind gezwungen, in den Höhlen zu leben, die schnell überfüllt und erstickend werden. Allerdings ist es den Bewohnern auch untersagt, die Höhlen zu renovieren, von denen einige bereits unbewohnbar sind.

Wir wollen normale Häuser bauen, um oberirdisch zu leben. In einer Höhle zu schlafen ist wie in einem Grab zu schlafen", sagte Fares Al-Najar, ein Bewohner von Al-Merkaz. Familien, die keine Höhle haben oder sich weigern, solche Lebensbedingungen zu akzeptieren, sind gezwungen, entweder ihre Gemeinde zu verlassen und ihr Land zu verlieren - oder ein neues Haus zu bauen, das dann zwangsläufig abgerissen wird. "Es ist ein unendlicher Kreislauf", sagte Fares.

Sowohl das Ausmaß als auch die Häufigkeit solcher Abrisse haben seit der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs zugenommen, was es den israelischen Richtern sehr viel leichter machte, die von den Anwälten der Familien eingelegten Berufungen abzulehnen. Und obwohl auch diese Einsprüche in der Vergangenheit oft abgelehnt wurden, zogen sich die Gerichtsverfahren über Jahre hin und verschafften den Bewohnern Zeit, in ihren Dörfern zu bleiben und den Kampf ihrer Gemeinschaft zu organisieren.

Masafer Yatta gehört zum Gebiet C, das im Rahmen des Osloer Abkommens ausgewiesen wurde und 61 Prozent des Westjordanlandes umfasst und vollständig unter israelischer Militär- und Zivilkontrolle steht. Von den Hunderten von Anträgen auf Baugenehmigungen, die zwischen 2000 und 2020 bei der Armee eingingen, wurden nach Angaben der israelischen Nichtregierungsorganisation Bimkom-Planners for Planning Rights über 99 Prozent der Anträge im Gebiet C abgelehnt.

In den 15 Monaten seit dem Urteil des Obersten Gerichtshofs hat die Armee eine Ausgangssperre über Jinba, das Dorf, in dem Nidal geboren wurde, verhängt. Soldaten errichteten zwei Kontrollpunkte in der Nähe des Dorfes: An dem einen steht ein schwarzes Zelt, an dem anderen ein Panzer. Beide werden genutzt, um Bewohner festzuhalten, ihre Fahrzeuge zu beschlagnahmen und Besucher am Betreten des Dorfes zu hindern.

Das Gerichtsurteil vom Mai "hat uns von den anderen Dörfern abgeschnitten", so Nidal. "Jedes Mal, wenn wir das Dorf verlassen wollen, um unsere Familienmitglieder zu besuchen oder einzukaufen, halten uns die Soldaten mindestens zwei Stunden lang fest. Das ist das beste Szenario, das es gibt. Einmal hielten sie mich sieben Stunden lang fest."

Die Menschen haben Angst, in die Dörfer zu fahren, weil sie befürchten, ihre Fahrzeuge zu verlieren. In den letzten Monaten haben Soldaten nach Aussagen von Bewohnern die Autos von humanitären Helfern, Lehrern

und Anwälten, die den Bewohnern Rechtsbeistand leisten, beschlagnahmt. Diese Politik hat auch eine abschreckende Wirkung auf Journalisten, die weniger in der Lage sind, in die Region zu kommen und darüber zu berichten. Die Abtrennung von Masafer Yatta von anderen Gemeinden soll es der Armee erleichtern, den Bevölkerungstransfer mit möglichst wenigen Zeugen durchzuführen.

Am Tag vor dem Schulbeginn im vergangenen Jahr verweigerten die Soldaten den Lehrern der Grundschule von Jinba den Zutritt zum Dorf, um die Klassenräume vorzubereiten. Die Soldaten am Kontrollpunkt beschlagnahmten ihr Auto mit der Begründung, sie befänden sich in einer Schießzone. Diese Entscheidungen werden willkürlich getroffen: Am nächsten Tag ließen die Soldaten die Lehrer durch.

Royda Abu Aram aus dem Dorf Al-Halawah geht in die 12. Klasse, in der die Schüler die Tawjihi-Prüfungen ablegen - das palästinensische Pendant zu den SATs. "Gestern habe ich den ganzen Unterricht verpasst, weil es für mich keine Möglichkeit gab, ohne Auto oder Transportmittel dorthin zu gelangen", sagte sie. "Mein Freund Bisan, der versuchte, mit dem Auto zur Schule zu kommen, wurde von den Soldaten anderthalb Stunden lang in der Sonne aufgehalten."

In einer Videoaufzeichnung des Kontrollpunkts vom August erklärt ein Soldat, die Hand auf seinem Gewehr ruhend und einen großen Panzer hinter sich, einer Gruppe von mehreren Erwachsenen und schulpflichtigen Kindern, die Rucksäcke über die Schultern geschlungen haben, dass "dieses Gebiet als Schießzone ausgewiesen ist, die Armee dieses Gebiet gesperrt hat und wir hier Durchsuchungen durchführen."

Alle Schulen in Masafer Yatta haben einen Abrissbefehl erhalten. "Ich möchte wirklich im Bildungswesen arbeiten. Ich möchte an der Universität studieren und Sprach- und Englischlehrer werden", sagte Bisan, ebenfalls Schülerin der 12. "Aber ich mache mir Sorgen, dass ich unter diesen Umständen bei der Tawjihi-Prüfung nicht gut abschneiden werde. Es ist schwer zu lernen, wenn man weiß, dass man morgen aufwachen könnte und Bulldozer kommen, um die Schule abzureißen."

Mit dem Urteil des Obersten Gerichtshofs wurde dem israelischen Militär auch die Erlaubnis erteilt, in dem Gebiet mit Schießübungen zu beginnen. Panzer donnern durch das Gebiet zwischen den Dörfern, während die Soldaten scharfe Geschosse abfeuern und Sprengstoff zünden; Hubschrauber üben das Starten und Landen. Zu all diesen lauten Geräuschen gesellt sich das Summen der Drohnen, mit denen die Soldaten und manchmal auch die benachbarten Siedler überwachen, ob die Bewohner neue Häuser bauen, nachdem ihre Häuser zerstört wurden.

"Unser ganzes Dorf ist nach draußen gegangen, um sie zu sehen", sagte der Einwohner von Jinba, Issa Younis, nach einem Tag mit Panzerübungen, die im vergangenen Juni in der Nähe des Dorfes stattfanden. "Der Lärm der Panzer war ohrenbetäubend. Die Detonationen der Minen begannen vor Sonnenaufgang, direkt neben unseren Häusern. Alle Wände wackelten, als ob wir ein Erdbeben erlebt hätten."

Während einer dieser Trainingseinheiten im Dorf Al-Majaz platzierten die Soldaten Zielscheiben an den Fenstern der Häuser, an einem Traktor und an einem Auto. Jabar, ein 15-jähriger Junge, verließ sein Haus, um zu sehen, was da los war. Um ihn herum wirbelte eine Sandwolke auf - das Ergebnis der Fahrt eines Panzers durch die Wüstenregion. "Die Soldaten hängten Zielscheiben an die Fenster unseres Hauses und an die Heuhaufen", sagte Jabar. "Sie schrieben, dass sie bald wiederkommen würden, um zu schießen, aber ich habe die Zielscheiben abgenommen."

Das Militär versprach dem Gericht, dass es bei allen Übungen mit scharfer Munition Vorsichtsmaßnahmen treffen würde und dass die Soldaten das Leben der Bewohner nicht gefährden würden. Die Realität sah jedoch anders aus. Im Juli 2022 saß Leila Dababsa in ihrem Haus, als sie eine Explosion über sich hörte. Die Decke begann zu bröckeln. "Das Wohnzimmer war von Schüssen erfüllt, und meine Tochter schrie", sagte sie und zeigte auf die Löcher im Blechdach. Die meisten Häuser sind aus billigen Materialien gebaut, aus Angst, dass sie zerstört werden könnten. Leila und ihre Tochter entkamen und versteckten sich in einer nahe gelegenen Höhle.

"Eine Sekunde bevor sie auf unser Haus schossen, pflückte ich gerade Tomaten im Garten", sagte Sa'ud Dababsa, dessen Haus beschossen wurde. "Dies ist das erste Mal, dass eine Kugel in unser Haus eindringt, ins Wohnzimmer. Vorher waren wir in Gefahr, vertrieben zu werden. Jetzt sind meine Familie und ich in Gefahr, getötet zu werden".

Historisch gesehen lässt sich der Vertreibungsprozess in Masafer Yatta im Wesentlichen auf zwei Männer zurückführen: Ariel Sharon und Ehud Barak, die beide hohe Militärs waren und später israelische Premierminister wurden. Sie repräsentieren konkurrierende Lager in der israelischen Politik: Sharon stand an der Spitze der Likud-Partei, die mit der zionistischen Rechten identifiziert wird, und Barak führte die Arbeitspartei, die der zionistischen Linken angehört. In Fragen, die Masafer Yatta betrafen, arbeiteten die beiden jedoch in Harmonie zusammen.

Nach der Eroberung des Westjordanlandes im Jahr 1967 begann Sharon, damals noch als Militärbeamter, mit der Ausweisung verschiedener Gebiete als militärische Schießzonen, zunächst im Jordantal und später in Masafer Yatta. "Als einer derjenigen, die 1967 die Schießzonen einrichteten, war allen ein Ziel klar: die jüdische Besiedlung des Gebiets zu ermöglichen", sagte Sharon 1979 aus. "Damals habe ich diese Abschusszonen skizziert und unser Land für die Besiedlung reserviert."

Die Standorte der Abschusszonen wurden nicht willkürlich gewählt. Sie entsprachen genau dem Allon-Plan, der der israelischen Regierung einen Monat nach Beginn der Besetzung von Yigal Allon, einem anderen späteren Premierminister, vorgelegt wurde und in dem festgelegt wurde, dass die Gebiete dauerhaft unter vollständiger israelischer Kontrolle bleiben sollten. Aufgrund ihres relativ trockenen Klimas gab es in diesen Gebieten im Vergleich zum überfüllten nördlichen Westjordanland nur wenige palästinensische Dörfer, was sie für eine jüdische Besiedlung attraktiv machte.

Eine 1977 vom Staat in Auftrag gegebene Karte weist einen Teil der Region Masafer Yatta für eine solche Ansiedlung aus. Drei Jahre später, 1980, wurden in demselben Gebiet Schießzonen ausgewiesen.

In einer geheimen Sitzung des Ministerausschusses für Siedlungsangelegenheiten im Juli 1981 bot Sharon der Armee die in Masafer Yatta ausgewiesene Schießzone an und bekräftigte, dass es sein Ziel sei, die Palästinenser aus dem Gebiet zu vertreiben, heißt es in der offiziellen Niederschrift. "Angesichts des Phänomens, dass sich Araber aus den Dörfern in Richtung Wüste [im Süden] ausbreiten, haben wir ein großes Interesse daran, dort zu sein", erklärte er dem Stabschef der Armee.

Im gleichen Zeitraum arbeitete die israelische Regierung an der Errichtung jüdischer Siedlungen in der Region. Siedlungen wie Susya, Ma'on und Carmel waren Teil der Politik des Staates, die palästinensische Bevölkerung im Negev, der innerhalb Israels liegt, von der palästinensischen Bevölkerung im südlichen Westjordanland, wie den Bewohnern von Masafer Yatta, abzuschneiden.

"Viele Jahre lang gab es eine physische Verbindung zwischen der arabischen Bevölkerung im Negev und der arabischen Bevölkerung in den Hebron-Hügeln. Es wurde eine Situation geschaffen, in der die Grenze innerhalb unseres Territoriums verläuft", sagte Sharon vor dem Siedlungsausschuss. "Wir müssen schnell einen Pufferstreifen mit [jüdischen] Siedlungen schaffen, der die Hebron-Hügel von den jüdischen Siedlungen im Negev unterscheidet und trennt. Damit treiben wir einen Keil zwischen die Beduinen im Negev und die Araber in Hebron."

Scharons Worte sind heute besonders aktuell, da nicht nur die Bewohner von Masafer Yatta, sondern auch die Beduinen im Negev durch die systematische Verweigerung von Baugenehmigungen und die Ausweisung von militärischen Schießzonen ihres Landes beraubt werden.

Im Jahr 1999 wurde Ehud Barak zum Premierminister gewählt. Es waren die Tage des Osloer Abkommens, vier Jahre nach der Ermordung von Yitzhak Rabin, als Israelis und Palästinenser noch Hoffnung auf ein Friedensabkommen hatten. Doch die Regierung Barak beschloss, die Bewohner von Masafer Yatta dauerhaft zu vertreiben. Unter seiner Aufsicht zogen im November 1999 Soldaten durch alle Dörfer, luden 700

Menschen in Lastwagen und vertrieben sie. Sie wurden zu Flüchtlingen in den umliegenden Dörfern.

"Ich erinnere mich lebhaft an diesen Tag", sagt Safa Al-Najar, heute 70 Jahre alt. "Soldaten kamen herein, während draußen zwei große Lastwagen warteten. Sie hoben uns mit Gewalt auf die Lastwagen, zusammen mit all unseren Habseligkeiten. Die Schafe entkamen zu Fuß. Sie warfen uns in ein anderes Dorf."

Baraks ethnische Säuberung, die von einer Regierung durchgeführt wurde, zu der auch die linke Meretz-Partei gehörte, löste in Israel Proteste aus, die von Intellektuellen angeführt wurden, darunter berühmte Autoren wie David Grossman. Die Demonstranten trafen sich mit dem General des Zentralkommandos, um ihren Widerstand gegen die Operation zum Ausdruck zu bringen, aber man sagte ihnen, dass sie durchgeführt werden müsse, weil Israel in Vorbereitung auf weitere Verhandlungen mit der Palästinensischen Befreiungsorganisation ein großes Interesse daran habe, die Region als Teil seines Hoheitsgebiets zu erhalten.

Die Gespräche zwischen Israel und der PLO über eine endgültige Friedenslösung, die im Jahr 2000 in Camp David stattfanden, veranlassten Barak offenbar, die Enteignungsmaßnahmen in Masafer Yatta zu beschleunigen. Der Gedanke war, dass es wahrscheinlicher wäre, dass die Region letztlich unter israelischer Kontrolle bleibt, wenn dort keine Palästinenser leben.

Dies ist einer der Gründe, warum der "Friedensprozess" in den 1990er Jahren für viele Palästinenser äußerst destruktiv war: Er hat den israelischen Kolonialismus eher gestärkt als gebändigt. In jenen Jahren nahm die Zahl der Abrisse palästinensischer Häuser erheblich zu, während jüdische Siedlungen rasch besiedelt und die zu ihnen führenden Straßen rasch asphaltiert wurden.

Wenige Monate, nachdem Barak ihre Vertreibung angeordnet hatte, reichten die Bewohner von Masafer Yatta beim Obersten Gerichtshof Israels eine Petition gegen die Schießzone ein. Die im Westjordanland lebenden Palästinenser unterliegen dem Militärrecht - sie haben kein Wahlrecht und können daher keinen Einfluss auf das für sie geltende Rechtssystem nehmen - und der Oberste Gerichtshof hat seine Zuständigkeit auf die besetzten Gebiete ausgeweitet.

Ihre Petition lag mehr als 22 Jahre lang beim Gericht. Anstatt eine Entscheidung zu treffen, erließen die Richter eine einstweilige Verfügung, die es den vertriebenen Palästinensern erlaubte, vorübergehend in ihre Häuser zurückzukehren. Im Jahr 2012, als Barak noch Verteidigungsminister war, erklärte der Staat vor Gericht, dass seine Forderung nach einer Zwangsumsiedlung nach wie vor aufrecht sei und dass die Armee bereit sei, den Bewohnern nur an israelischen Feiertagen und an den Wochenenden, wenn keine Militärübungen stattfanden, den Zugang zur Bearbeitung ihres Landes zu gestatten.

Selbst dieser vorübergehende Aufschub endete im vergangenen Mai, als die Richter die Petition der Bewohner endgültig abwiesen. In der Entscheidung von Richter David Mintz akzeptierte das Gericht die Behauptung des Staates, dass die Bewohner von Masafer Yatta bei der Ausweisung der Feuerzone vor über 40 Jahren keine "ständigen Bewohner" des Gebiets waren, sondern "saisonale Bewohner". Das heißt, sie zogen je nach Saison der Schafzucht zwischen zwei Orten hin und her: Sie hatten ein Haus in einem Dorf in Masafer Yatta und ein anderes in der Stadt. Nach dem Wortlaut des Militärgesetzes gilt die Ausrufung einer Feuerzone nicht für Personen, die sich ständig in dem Gebiet aufhalten. Da die Bewohner von Masafer Yatta aber, wie der Staat behauptete, nur "saisonal" lebten, sollte ihre Ausweisung erlaubt sein. Der Oberste Gerichtshof stimmte dem zu.

Diese juristischen Argumente beeindruckten Halima nicht, die 1948 in einer Höhle in Al-Merkaz geboren wurde und ihr ganzes Leben dort verbracht hat. "Das ist ihr Gericht, nicht unseres", sagt sie, "und sie benutzen das Gesetz, um uns zu vertreiben."

Die Namen der Masafer Yatta-Dörfer sind auf alten Karten aus der Zeit vor der Gründung des israelischen Staates zu finden, darunter eine von britischen Landvermessern erstellte Karte aus dem Jahr 1879. Ein weiterer findet sich in einem Buch des Geographen Nathan Shalem aus dem Jahr 1931, der Häuser in Jinba

besuchte und feststellte, dass die Besiedlung dort "nie aufgehört hat". Luftaufnahmen aus dem Jahr 1945 bezeugen die Existenz der Dörfer. Sogar aus der offiziellen Dokumentation des Staates Israel geht hervor, dass das israelische Militär 1966 15 Steinbauten in Jinba, das damals unter jordanischer Kontrolle stand, in die Luft sprengte und die Bewohner später über das Internationale Rote Kreuz entschädigte.

Der Oberste Gerichtshof wies diese historischen Beweise, die der Petition der Bewohner beigelegt waren, zurück. "Die Existenz der Steinhäuser in den Ruinen von Jinba im Jahr 1966 sagt nichts über die Situation im Jahr 1980 aus", erklärte Mintz in seinem Urteil. Er bewertete lediglich den Status des Gebietes in dem Jahr, in dem die militärische Schießzone erklärt wurde, als Beweismittel.

In ihrer Entscheidung stützten sich die Richter auf die Arbeit des israelischen Anthropologen Ya'akov Habakkuk, der in den 1980er Jahren in der Region lebte, um ihre Behauptung der "Saisonalität" zu belegen. Habakkuk schrieb, dass die Familien während der Weidesaison im Winter und Frühjahr in Masafer Yatta lebten, in den trockenen Sommermonaten jedoch in der benachbarten Stadt Yatta. Dies beschreibt den Lebensstil vieler Familien, die in der Vergangenheit in dieser Region lebten, wenn auch nicht aller.

Habakkuk selbst lehnt die Auslegung seines Werks durch das Gericht entschieden ab. Er sagte uns, er habe nicht gewusst, dass seine Forschung zur Rechtfertigung der Ausweisung herangezogen wurde. "Es war allen Anwesenden klar, dass dies ihr Dorf ist", sagte er. "Die Familien kamen immer dorthin, immer in dieselbe Höhle, und wenn sie nicht da waren, kam niemand sonst hinein."

Das Völkerrecht verbietet ausdrücklich Bevölkerungstransfers in besetzten Gebieten, wobei es fast keine Ausnahmen gibt. In ihrer Entscheidung behaupteten die Richter jedoch, dass im Falle eines Konflikts zwischen internationalem Recht und israelischem Recht "israelisches Recht entscheidet". In ihrer Entscheidung schrieben sie, dass der Abschnitt der Genfer Konventionen, der Bevölkerungstransfers verbietet, "nur dazu dient, Akte der Massenvertreibung einer Bevölkerung in besetztem Gebiet zu verhindern, um es zu zerstören, Zwangsarbeit zu leisten oder andere politische Ziele zu erreichen", und dass es daher keinen Zusammenhang mit der Umsiedlung von Masafer Yatta gibt, die nur angeordnet wurde, damit das Militär dort trainieren konnte.

Das Verbot von Bevölkerungstransfers findet sich in der Vierten Genfer Konvention in Abschnitt 49: "Deportationen geschützter Personen aus besetztem Gebiet in das Gebiet der Besatzungsmacht oder in das Gebiet eines anderen besetzten oder unbesetzten Landes sind ohne Rücksicht auf ihre Beweggründe verboten" (Hervorhebung von uns).

Die Geschichte von Masafer Yatta stellt somit den Eckpfeiler des israelischen Siedlerkolonialismus in ganz Israel-Palästina dar. Auf beiden Seiten der Grünen Linie wird die Vertreibung der Palästinenser größtenteils durch das Gesetz erreicht: die systematische Verweigerung von Baugenehmigungen, die Verweigerung der palästinensischen Eigentumsrechte an dem betreffenden Land, die Ausweisung ausgedehnter Schießzonen, die Ausweisung von Nationalparks und die Errichtung neuer jüdischer Siedlungen, um einen "Keil" zu treiben und Dörfer voneinander abzuschneiden.

"Alles, was sich hinter diesem Prozess verbirgt, ist der Diebstahl unseres Landes und die Vertreibung unserer Gemeinschaften", sagte Nidal Abu Yunis, der Vorsitzende des Dorfrates von Masafer Yatta. "Die Zerstörung unserer Häuser, die Beschlagnahme unserer Fahrzeuge, die Zerstörung unserer Straßen und Schulen - das alles ist ein einziges großes Verbrechen. Sie können uns jeden Moment vertreiben. Jetzt brauchen wir mehr denn je die internationale Solidarität."

Basel Adra
Basel Adra ist Reporter für das Magazin +972 und Local Call.

Yuval Abraham
Yuval Abraham ist Reporter für das Magazin +972 und Local Call.